

:

Wenn der Gasmann zweimal klingelt

Wie sich ein Netzwerk sozialdemokratischer Politiker von Putin und dem russischen Erdgas verführen ließ – und so Deutschland erpressbar machte

Von Peter Dausend, Anne Hähnig, Martin Machowecz, Ingo Malcher, Martin Nejezchleba, Petra Pinzler, Mark Schieritz, Holger Stark, Michael Thumann, Heinrich Wefing und Fritz Zimmermann

Aktualisiert am 10. Februar 2022, 5:43 Uhr

Information

Veröffentlicht am 9. Februar 2022, 16:51 Uhr

Erschienen in DIE ZEIT Nr. 7/2022, 10. Februar 2022

162 Kommentare

Jedes Mal wenn Bundeskanzler Olaf Scholz [wieder nicht sagt](#), dass [die Pipeline Nord Stream 2](#) im Falle einer russischen Invasion in der Ukraine tot ist, wachsen die Zweifel bei den Verbündeten der Deutschen. Nicht, weil sie Scholz misstrauen, das tun sie nicht. Auch nicht, weil das Wort [Nord Stream 2](#) so unglaublich wichtig wäre. Sondern weil sie wissen, dass Deutschland von russischem Gas abhängig ist.

56,3 Milliarden Kubikmeter hat die Bundesrepublik 2020 aus den russischen Erdgasfeldern bezogen, vorwiegend durch die beiden Pipelines Jamal und Nord Stream 1. Das entspricht mehr als der Hälfte des importierten Erdgases. Blieben die Lieferungen aus [Russland](#) aus, warum auch immer, fehlte Deutschland auf einen Schlag mehr als die Hälfte seines Erdgases.

Nach Einschätzung von unabhängigen Fachleuten wäre es ausgeschlossen, einen solchen Ausfall kurzfristig zu kompensieren. Gefragt, ob Europa ohne den Brennstoff aus Russland auskommen könnte, antwortet Massimo Di Odoardo knapp: "Nein." Di Odoardo leitet die Gas-Research-Abteilung von Wood Mackenzie, einem der großen Analyse- und Beratungsunternehmen der Energiebranche. Er sagt: "Es wäre unmöglich, ausreichend Alternativen zu finden." Würde Russland heute alle Lieferungen aussetzen, wären in sechs Wochen die Speicher in Europa leer.

Eine starke Ausrichtung auf einen Hauptlieferanten ist immer problematisch. Ist der Lieferant dazu noch ein Land, das im Inneren die Opposition unterdrückt und seine Nachbarn militärisch bedroht, ist die Abhängigkeit mehr als riskant. Sie hat nicht nur ökonomische Folgen, sondern auch außenpolitische. Deutschlands diplomatischer Spielraum ist eingeschränkt, oder, deutlicher: [Deutschland ist erpressbar](#).

Dabei muss [Wladimir Putin](#) die Gasversorgung gar nicht ganz unterbrechen. Es genügt, wenn die Lieferungen gedrosselt werden, es reicht womöglich sogar, über solche Schritte nur laut nachzudenken – schon [explodieren die Energiepreise](#), verteueren sich viele Produkte, wächst automatisch der innenpolitische Druck auf die Regierung. Frieren für Kiew? Schlagartig wäre auch die Energiewende der Ampelkoalition diskreditiert. All das weiß nicht nur die [Bundesregierung](#). Das weiß auch der Kreml. Und es wissen die Verbündeten, die deshalb doppelt kritisch beobachten, wie

Deutschland sich verhält: Ist das, was Berlin tut und sagt, und das, was es nicht sagt, noch souverän und selbstbestimmt? Oder ist es schon geprägt von der Rücksichtnahme auf Moskau?

Und was hat es zu bedeuten, dass ein Land, das ohnehin schon abhängig ist von russischem Erdgas, nun auch noch darauf beharrt, eine weitere Pipeline nach Russland zu betreiben – Nord Stream 2? Gegen den Rat vieler Klimaschützer. Gegen Proteste der EU. Gegen den Widerstand der USA. Und zum Entsetzen der osteuropäischen Verbündeten. Ist das noch Sturheit? Oder stecken andere Motive dahinter?

Das System Schröder

Die Abhängigkeit von russischem Gas ist kein Schicksal, sie ist auch nicht zufällig entstanden. Sie ist Folge der Politik mehrerer Bundesregierungen. Die Politik wurde angetrieben vom Hunger der deutschen Industrie nach Energie. Und nichts schien nach dem Ausstieg aus der Atomkraft so reichlich verfügbar wie russisches Gas.

Die zentrale Figur der deutschen Gaspolitik ist [Gerhard Schröder](#). Schon als Bundeskanzler pflegte er enge Kontakte zum russischen Präsidenten Putin. Kaum zwei Wochen nach seiner Entlassung als Bundeskanzler heuerte Schröder im Dezember 2005 beim russischen Staatskonzern [Gazprom](#) an. Die Vermittlung übernahm einer der engsten Berater und Vertrauten Putins, Alexei Miller, seit 2001 Vorstandsvorsitzender von Gazprom, zuvor stellvertretender Energieminister der Russischen Föderation. Damit war Schröder im Zentrum der russischen Energiewirtschaft angekommen, die vom Kreml gesteuert wird.

Die Freunde von Gerd

Einen ähnlichen Weg gingen in Deutschland viele von Schröders Ministern und Staatssekretären, sie wechselten geschmeidig zwischen Staatsdienst und Geldverdienen im Energiegeschäft. Der SPD-Energiereferent Gert von der Groeben etwa lobbyierte für E.on und wurde später Generalbevollmächtigter des Konzerns. Der SPD-Staatssekretär Alfred Tacke, ein Schröder-Mann aus Niedersachsen, organisierte 2002 eine Ministererlaubnis für die Fusion des größten deutschen Stromkonzerns mit dem größten Gaskonzern. Heraus kam E.on (heute Uniper), enger Partner von Gazprom. Wolfgang Clement hielt als SPD-Wirtschaftsminister seine Hand über die Gaskonzerne und wechselte nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett in den Aufsichtsrat des Kraftwerksbetreibers RWE. Die Grenzen zwischen der [SPD](#) und der Energiewirtschaft waren nicht fließend. Es gab sie gar nicht.

Auch [Gerhard Schröder](#) beließ es nicht bei dem einen Job in Moskau. 2006 wurde er zudem Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Nord Stream AG mit Sitz in der Schweiz, der Firma, die die erste Pipeline durch die Ostsee nach Deutschland bauen und betreiben sollte. Die Mehrheit an dem Unternehmen hielt Gazprom, beteiligt waren auch deutsche Energieunternehmen wie E.on und Wintershall. Mitglied im Aufsichtsrat: Gazprom-Chef Alexei Miller. Die Geschäfte führte der ehemalige Stasi-Offizier Matthias Warnig, ein Vertrauter Putins schon seit Wendezeiten.

Als Gerhard Schröder am 28. April 2014, kaum sechs Wochen nach der russischen Annexion der Krim, seinen 70. Geburtstag auf Einladung von Gazprom im Jussupow-Palais in Sankt Petersburg nachfeierte, waren sie alle dabei, die Freunde von Gerd:

Der russische Präsident Wladimir Putin. Gazprom-Chef Miller. Rosneft-Chef Setschin. Matthias Warnig, bis heute CEO von Nord Stream 2. Und [Erwin Sellering](#), damals Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, von dem noch die Rede sein wird.

Parallel zu dem Netzwerk aus Pipelines, Gasspeichern und Betreibergesellschaften für das russische Gas gibt es ein zweites Netzwerk. Ein Netzwerk von Befürwortern, Ermöglichen, Lobbyisten. Das eine Netz versorgt Deutschland mit Gas. Das andere Netz versorgt Russland mit Einfluss.

Solche Netzwerke hat jede Industrie. Aber nur wenige Konzerne haben derart prominente Fürsprecher wie Gazprom und Rosneft.

Im Jahr 2017 stellte die Linkspartei im Bundestag eine kleine Anfrage zu "Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream". In der Antwort werden die Besuche von Schröder im Auftrag von Gazprom akribisch aufgelistet: Bei [Angela Merkel](#), seiner Amtsnachfolgerin. Bei Frank-Walter Steinmeier, damals Außenminister, heute Bundespräsident, früher Chef von Schröders Bundeskanzleramt. Bei Sigmar Gabriel, damals Wirtschaftsminister, später Außenminister, früher Schröders Nachfolger als Ministerpräsident von Niedersachsen. In der deutschen Botschaft in Moskau. In Brüssel empfing EU-Botschafter Reinhard Silberberg, früher Chef der Europaabteilung im Kanzleramt unter Schröder, die Emissäre von Gazprom. Lauter alte Bekannte.

Wie tief der Einfluss in die Apparate reicht, bis heute, stellt gerade Außenministerin Annalena Baerbock fest. Auf ihrem Schreibtisch landete der Antrag eines ehemaligen Botschafters, bei der Gas for Europe GmbH tätig zu werden, einer deutschen Tochtergesellschaft der Nord Stream 2 AG. Dieter W. Haller, der Botschafter im Ruhestand, wollte dort Aufsichtsratsvorsitzender werden. Auch Haller ist ein Schröderianer. Er arbeitete von 2003 bis 2005 als Referatsleiter in Schröders Kanzleramt und hatte dort auch mit der Entstehung von Nord Stream zu tun. Im Auswärtigen Amt beschäftigte er sich unter Steinmeier mit Energiepolitik. Baerbock lehnte den Antrag ab. Eine Prüfung habe ergeben, dass durch die Tätigkeit "dienstliche Interessen beeinträchtigt werden". Anfragen der ZEIT ließ Haller unbeantwortet.

Auf der opulenten Geburtstagsfeier für Schröder 2014 in Sankt Petersburg wurde unter anderem von Nord Stream 2 gesprochen, jener zweiten Pipeline in der Ostsee. Es war ein Lieblingsprojekt des Kremls, um mehr Gas nach Deutschland zu verkaufen. Um Deutschland noch fester an sich zu binden. Und um die Ukraine nach dem russischen Angriff auf die Krim weiter zu schwächen. Die Ukraine verdient viel Geld mit den Gebühren für die Durchleitungsrechte über ihr Staatsgebiet. Die beiden Nord-Stream-Pipelines aber bieten die Möglichkeit, die Ukraine zu umgehen und sie damit von diesen Einnahmen abzuschneiden. Ein gutes Jahr nach dem Fest, am 4. September 2015, unterzeichneten fünf europäische Energiekonzerne mit Gazprom in Wladiwostok am Pazifik ein Abkommen zum Bau der Pipeline.

Ob Nord Stream 2 zur Versorgung Deutschlands je notwendig war, ist umstritten. In der Bundesregierung wurde argumentiert, die Pipeline sei im nationalen Interesse, weil sie die Erdgasversorgung doppelt absichere. So könne bei Bedarf mehr Gas geliefert werden. Und die Versorgung Deutschlands bliebe auch stabil, wenn der Transit durch die Ukraine blockiert werde. Der damalige Wirtschaftsminister [Gabriel](#) sagt noch heute, er habe Nord Stream "immer für ein richtiges Projekt" gehalten. Er hat sich seinerzeit auch energisch dafür eingesetzt.

Warum hat Merkel mitgemacht?

Denn außerhalb von Deutschland und Russland wuchs die Skepsis. Die mitteleuropäischen Staaten protestierten gegen das Vorhaben, die EU-Kommission war auch dagegen. Am 28. Oktober 2015 flog Gabriel nach [Moskau](#). Putin nahm sich außergewöhnlich viel Zeit für einen deutschen Wirtschaftsminister. In fast zwei Stunden auf der Staatsdatscha in Nowo-Orgajowo besprachen Putin, Gabriel und Alexei Miller von Gazprom das weitere Vorgehen. Doch der Widerstand nahm zu. In Brüssel, und vor allem in Washington.

Auch in der SPD selbst wuchs der Frust über Schröder. Einige Genossen hatten schon 2005, bei Schröders Eintritt bei Gazprom, hinter vorgehaltener Hand gemurrt, da mache jemand seine politische Karriere zu [Geld](#) und schaue nicht so genau hin, wo dieses Geld herkomme. Von einem "dreisten Seitenwechsel" sprachen die Grünen, während Steinmeier, damals neuer Außenminister und heute Bundespräsident, selbst Schröderianer, meinte, Schröders neue Position könne für Deutschland noch nützlich sein. Einen harten Bruch wollte niemand. Erst recht nicht, als die Amerikaner wegen Nord Stream 2 den Druck erhöhten. Plötzlich scharten sich die Genossen wieder um den Kanzler, der seine Wiederwahl mit dem Widerstand gegen den Irak-Krieg gewonnen hatte.

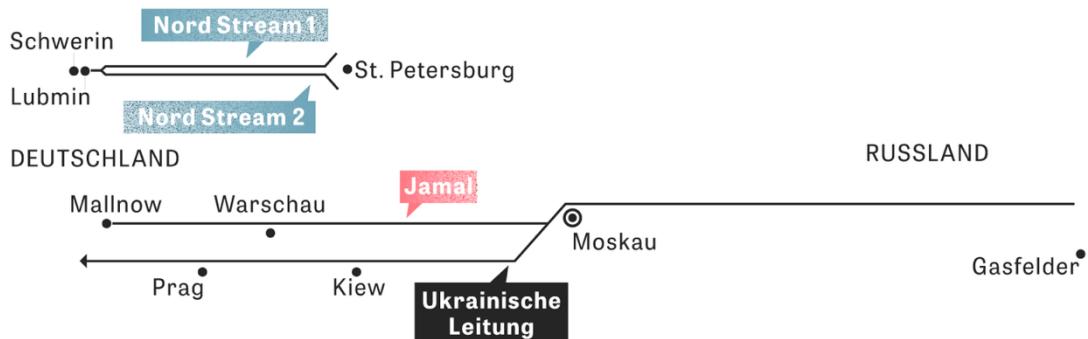
Im Juni 2017 beschloss der US-Senat Sanktionen gegen russische Pipelines. Damit wurde Nord Stream 2 zu einem Hauptproblem in den transatlantischen Beziehungen, für Merkel eine Belastung, für Putin ein angenehmer Nebeneffekt der Röhre. Und für Schröder eine willkommene Entlastung. "Die europäische Energiepolitik wird in Europa entschieden, nicht in den USA", erklärte der damalige Außenminister Heiko Maas (SPD).

Das alles hat die SPD nicht allein betrieben. Bundeskanzlerin war in dieser Zeit ja Angela Merkel. Warum hat sie mitgemacht? Im Kanzleramt kursierten damals zwei Erklärungen. Erstens wollte die Kanzlerin mitten in der Flüchtlingskrise den Koalitionsfrieden nicht stören. Sie wusste, wie wichtig der SPD-Spitze die Röhre als Friedensprojekt und "letzte Brücke" nach Russland (Steinmeier) war. Zweitens war Merkels eigener Beraterstab zerstritten. Ihr außenpolitischer Berater Christoph Heusgen warnte dringend vor der Pipeline und ihren negativen außenpolitischen Wirkungen. Doch Merkels Wirtschaftsberater Lars-Hendrik Röller war für die Pipeline und berief sich auf Wünsche der deutschen Wirtschaft. Und im Streit zwischen Außen- und Wirtschaftspolitik gewinnt in Deutschland regelmäßig die Wirtschaftspolitik. Besuche aus Merkels Wahlkreis in [Mecklenburg-Vorpommern](#) taten ein Übriges, damit Merkel keinen Widerstand leistete.

Der russische "Vorposten"

Tatsächlich wird wohl nirgendwo so hart für Nord Stream 2 gekämpft wie in Mecklenburg-Vorpommern. Nirgendwo sind auch die Drähte zwischen SPD und Russland so kurz wie im Nordosten. Dort, wo die beiden Nord-Stream-Pipelines anlanden. Und wo die SPD seit 23 Jahren ununterbrochen das Ministerpräsidentenamt besetzt. Mecklenburg-Vorpommern, sagte Russlands Vize-Handelsminister einmal bei einem Auftritt in Rostock, sei für Moskau "ein Vorposten in Europa."

Woher das Gas kommt



© ZEIT-Grafik

Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin, inzwischen eine der mächtigsten Frauen der SPD, kämpft seit Jahren für Nord Stream 2. Sie hat ein Netzwerk um sich geknüpft, das beim Bau der Pipeline auch gegen größten politischen Druck zusammengehalten hat. Ihr zentraler Unterstützer dabei ist ihr Vorgänger im Amt; der Mann, der sie einst in die Politik holte: Erwin Sellering.

Nord Stream 2 verteidigt Schwesig vor allem, weil sie die Pipeline energiepolitisch wichtig findet. Sie liege im deutschen Interesse, sagte sie erst jüngst der ZEIT: "Wenn wir richtigerweise aus Atomkraft und Kohleverstromung aussteigen, brauchen wir neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien zumindest für eine Übergangszeit Gas. Mich stört, dass so getan wird, als würde man die Konflikte mit Russland nur lösen, wenn man die Pipeline nicht in Betrieb nimmt."

Einen harten Konflikt mit den [Vereinigten Staaten](#) hingegen scheute die Ministerpräsidentin nicht. Als im US-Kongress Sanktionen gegen Nord Stream 2 beschlossen wurden, empfanden das viele in Mecklenburg-Vorpommern als einen "Kipppunkt", wie der SPD-Landtagsabgeordnete Philipp da Cunha sagt. Sellering sprach gar von "völkerrechtswidrigen Sanktionen".

Die Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Die USA drohten, alle Firmen mit Strafen zu belegen, die sich weiter am Bau von Nord Stream 2 beteiligten. Davon ausgenommen waren lediglich staatliche Akteure. Das war das Schlupfloch, das Nord Stream 2 brauchte. So entstand die Idee, das Land Mecklenburg-Vorpommern könnte – als staatliche Institution – eine Stiftung in Schwerin gründen, die als Zwischenhändler zwischen der Pipeline und den Zulieferern fungieren sollte, aber von den Sanktionen ausgenommen wäre. Die Stiftung sei wie ein "Baumarktregal" für Nord Stream 2, sagte der Landes-Energieminister Christian Pegel in dankenswerter Klarheit.

Die juristisch clevere Idee ist nicht in Schwerin entstanden, auch nicht in [Berlin](#). "Der Vorschlag, die Stiftung ins Leben zu rufen", sagte Sellering in einem Interview mit der *Schweriner Volkszeitung* ganz offen, "kam direkt von Nord Stream 2." Also von Gazprom.

Konzipiert wurde die Stiftung im Zusammenspiel von Energieministerium und Staatskanzlei. Leiter der Staatskanzlei in Schwerin war seinerzeit Heiko Geue. Auch er Sozialdemokrat – und Schröderianer. Geue war Redenschreiber für Schröder, Büroleiter von Frank-Walter Steinmeier, als dieser Chef von Schröders Kanzleramt war, später Wahlkampfmanager von Peer Steinbrück.

Und zum Chef der Stiftung wurde ein anderer Freund von Gerd berufen: Erwin Sellering.

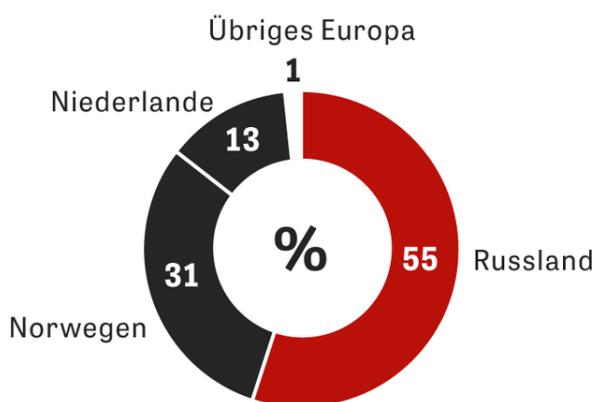
Das zentrale Anliegen der Stiftung ist offiziell der Klimaschutz. Aber die Stiftungsgründer in Schwerin haben nie einen Zweifel daran gelassen, wozu sie auch noch diente. In der Satzung steht ausdrücklich, dass die Stiftung die Möglichkeit habe, einen Geschäftsbetrieb zu unterhalten, der beim Weiterbau von Nord Stream 2 helfen könne. Auch um die Finanzen wurde kein Geheimnis gemacht: Das Geld für dieses Konstrukt kommt direkt von Nord Stream. Anfangs 20 Millionen, insgesamt 60 Millionen sollen es werden. Mecklenburg-Vorpommern gibt auch etwas dazu, aber nur Kleingeld: 200.000 Euro. Am 7. Januar 2021 beschloss der Landtag die Gründung der Stiftung einstimmig mit wenigen Enthaltungen, auch CDU, Linke und AfD waren begeistert.

Kurz: Das Land hat mit russischem Geld eine Stiftung errichtet, die dazu dient, die US-Sanktionen gegen eine russische Pipeline zu umgehen.

Im Januar 2022, ein Jahr nach dem Landtagsbeschluss, zog Sellering in der *Schweriner Volkszeitung* stolz Bilanz. Man habe eine "leistungsfähige Geschäftsstelle" aufgebaut, die inzwischen "gute Projekte des Klimaschutzes" durchgeführt habe. Man unterstütze zum Beispiel ein Seegras-Projekt. Außerdem habe man geholfen, die Pipeline fertigzubauen. "Leider war sehr viel nötig an Mithilfe wegen der Sanktionen der USA. Aber jetzt können wir sagen, wir haben den Auftrag erfüllt: Nord Stream 2 ist lieferbereit."

So offen man den landeseigenen Pipeline-Baumarkt anfangs kommunizierte, so verschlossen ist die Landesregierung heute. Auch Sellering sagte der ZEIT mehrere Anfragen ab. Und immer noch ist nicht publik, wer im Stiftungskuratorium sitzt. Nach Recherchen der ZEIT ist der Grund dafür simpel: Offenbar ist das Kuratorium noch gar nicht besetzt. Vertreter von Umweltverbänden, die eigentlich prädestiniert wären, laufen Sturm gegen die Stiftung.

Erdgasbezugsquellen 2020



Quelle: Statista © ZEIT-Grafik

Was aber treibt die SPD-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern dazu, sich derart vehement für die Pipeline zu engagieren? Was bringt Nord Stream 2 dem Land? Die allgemeinen wirtschaftlichen Vorteile dürften überschaubar sein. Tatsächlich gehen nur drei Prozent aller Exporte aus Mecklenburg-Vorpommern nach Russland. "Die Russlandverliebtheit vieler Regierungen in Ostdeutschland ist mit Wirtschaftsdaten allein nicht zu erklären", sagt Joachim Ragnitz, Ökonom am Ifo-Institut in Dresden.

Die Pipeline selbst ist wichtig für die Küstenregion, für die Häfen Sassnitz, Mukran und Lubmin, strukturschwache Gegenden. Aber es sind nicht Hunderte Arbeitsplätze, die hier entstehen, eher Dutzende. Interessanter ist

die Rolle von Nord Stream 2 als Mäzen und Stifter. So finanziert das Unternehmen laut eigenen Angaben die Kunsthalle Rostock und den Frauen-Volleyball-Bundesligisten SSC Schwerin, ebenso das Usedomer Musikfestival, die internationale Ensemble Baltic Sea Philharmonic, die IHK Neubrandenburg. Trotzdem sagt jemand aus dem Umfeld der Landesregierung: 20 Millionen Euro für eine Stiftung seien natürlich enorm viel Geld. Aber glaube man im Ernst, dass das eine Landesregierung unter Handlungsdruck setze?

Manuela Schwesig, so viel kann man sagen, findet ein gutes Verhältnis zu Russland aufrichtig wichtig. Sie ist selbst häufig nach Russland gereist, pflegt Kontakte zu Regionalpolitikern des Leningrader Gebiets. Sie hat in der Vergangenheit immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es nicht auch eine Doppelmoral des Westens gebe: Was hätten Aussagen wie die von Barack Obama, Russland sei eine "Regionalmacht", zur Deeskalation beigetragen? Und solle man das in Russland verbreitete Gefühl, die Nato rücke immer näher an das Land heran, nicht zumindest ernst nehmen? Schwesig ist jedenfalls überzeugt, dass es gute Gesprächskanäle in das Land braucht.

Olaf Scholz und die US-Regierung

Kontakte, wie sie Schröder pflegt? Wer Schwesig ärgern will, muss ihr nur eine Nähe zu Gerhard Schröder unterstellen. Noch nie, hört man in ihrem Umfeld, habe sie sich mit dem Ex-Kanzler und deutschen Chef-Lobbyisten für Russland-Gas über Nord Stream 2 abgestimmt, zu keinem Zeitpunkt habe er Einfluss auf ihre Energiepolitik genommen, geschweige denn gehabt.

Anders gesagt: Um fest daran zu glauben, dass Nord Stream 2 sinnvoll, richtig und vernünftig ist, braucht Schwesig Schröder nicht.

Zu den Grundüberzeugungen deutscher Sozialdemokraten gehört, dass wirtschaftliche Beziehungen entscheidend dazu beitragen, für Entspannung und politische Stabilität zu sorgen – und damit Frieden zu sichern. Je enger die ökonomische Verknüpfung, desto stabiler die Verhältnisse. Diese Denke läuft allerdings Gefahr, zwei Dinge zu übersehen: dass man in einzelnen Bereichen von einem anderen abhängig werden kann. Und dass der andere nicht notwendig so friedliebend agiert wie man selbst. Beides ist der SPD mit Russland passiert.

Der britisch-deutsche Politikwissenschaftler Mark Leonard hat in seinem Buch *The Age of Unpeace* jüngst beschrieben, dass die immer größere globale Verflechtung eben nicht nur Konflikte verhindern, sondern mitunter im Gegenteil gerade erst auslösen kann. Das deutsche Gas-Dilemma ist dafür ein Beispiel. Denn die Abhängigkeiten zwischen Berlin und Moskau sind zwar wechselseitig, aber eben nicht gleich. Russland braucht die Gas-Milliarden aus Deutschland, aber nicht so dringend wie Deutschland das Gas. Wenn das Geld nicht fließt, macht Putin Schulden. Wenn das Gas nicht fließt, frieren die Deutschen. Nicht nur bei den Interventionen, auch bei den Exporten besitzt Putin die Eskalationsdominanz.

Strategisch uneindeutig

Und der Kanzler? Der regierende, nicht der Gaslobbyierende? Auch Olaf Scholz hat sich schon mehrfach mächtig ins Zeug gelegt, um Nord Stream 2 zu retten. Er war sogar bereit, dafür viel Geld in die Hand zu nehmen. Eine Milliarde Euro. Am 5.

August 2020, mitten im amerikanischen Wahlkampf, telefonierte Scholz, damals Finanzminister, mit seinem US-Kollegen Steve Mnuchin.

Scholz schlug einen Deal vor: Die US-Amerikaner sollten alle Sanktionen gegen Firmen fallen lassen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt seien. Im Gegenzug würden die Deutschen eine Milliarde Euro in den Bau von Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel investieren, um amerikanisches Gas importieren zu können. Bis heute besitzt Deutschland keine solche Entladestation.

Eine Milliarde Euro, die in fehlende deutsche Infrastruktur fließen soll, im Gegenzug für einen Kursschwenk in der amerikanischen Außenpolitik? Zu einem Zeitpunkt, da Trump und seine Republikaner mit Stimmungsmache gegen die Deutschen punkteten? Die Reaktion, so ist aus Washington überliefert, sei ungläubiges Kopfschütteln gewesen. Die US-Regierung beschloss, Scholz' Vorschlag zu ignorieren.

Doch Scholz blieb hartnäckig. Als er im Frühjahr 2021 der neuen US-Finanzministerin Janet Yellen telefonisch zum Amtsantritt gratulierte, soll er den Vorschlag von Neuem angesprochen haben.

Diesen Vorlauf zu kennen ist nützlich, um einordnen zu können, wie die US-Regierung auf Scholz blickt. Und warum er in Washington manchen als unsicherer Kantonist gilt, der glaubt, sich freikaufen zu können.

Nach dem Telefonat mit Yellen schickte er seinen damaligen Staatssekretär und heutigen Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt zu Gesprächen mit den Amerikanern. Im Juli 2021 verpflichteten sich beide Länder zu einer gemeinsamen Linie: Wenn Russland versuche, "Gas als eine Waffe einzusetzen" oder andere aggressive Akte gegen die Ukraine unternehme, werde Deutschland auf nationalem und europäischem Level mit "effektiven Maßnahmen" reagieren, inklusive Sanktionen. Der entscheidende Satz lautet: "Diese Vereinbarung soll sicherstellen, dass Russland keine Pipeline missbraucht – auch nicht Nord Stream 2 –, um aggressive politische Ziele mittels des Einsatzes von Energie als Waffe zu erreichen."

Alternative Flüssiggas?

Seit dieser Abmachung, sagen Leute, die Scholz gut kennen, sei klar gewesen, dass Nord Stream 2 im Falle eines militärischen Angriffs nicht in Betrieb genommen werden könne.

Öffentlich sagte Scholz allerdings lange Zeit etwas anderes: Nord Stream 2 sei ein "privatwirtschaftliches Projekt". Das klingt, als habe der Kanzler damit rein gar nichts zu tun – und als ginge es nicht um das wahrscheinlich aktuell umstrittenste Bauprojekt der Welt.

Lange sah es so aus, als würde Scholz mit dieser Linie durchkommen. Bis US-Präsident [Joe Biden](#) vor Kurzem einen seiner engsten Berater nach Berlin schickte, den CIA-Chef William Burns.

Burns, ehemaliger US-Botschafter in Moskau, traf an einem Donnerstag Mitte Januar in Berlin ein, und bevor er im Kanzleramt eine größere Runde an Geheimdienstexperten unterrichtete, zog er sich mit dem Kanzler und dessen Kanzleramtschef Schmidt zu einem Sechs-Augen-Gespräch zurück. Burns' Botschaft in Berlin, so beschreiben es Eingeweihte, sei gewesen: Der Druck auf die Deutschen

werde brutal steigen, wenn die Bundesregierung im Falle einer militärischen Eskalation in der Ukraine noch immer an Nord Stream 2 festhalte.

Zufall oder nicht: Fünf Tage nach dem Besuch des CIA-Chefs änderte Scholz den Ton. Seitdem spricht er nicht mehr von einem "privatwirtschaftlichen Projekt", sondern erinnert an die Erklärung aus dem vergangenen Sommer, zu der die Bundesregierung stehe, mit "allen Aspekten".

Das Wort Nord Stream 2 nimmt er auch weiter nicht in den Mund. Er wolle Putin im Ungewissen lassen, was genau bei einem Einmarsch drohe. "Strategische Ambiguität" nannte das Scholz in einem Interview mit der *Washington Post*.

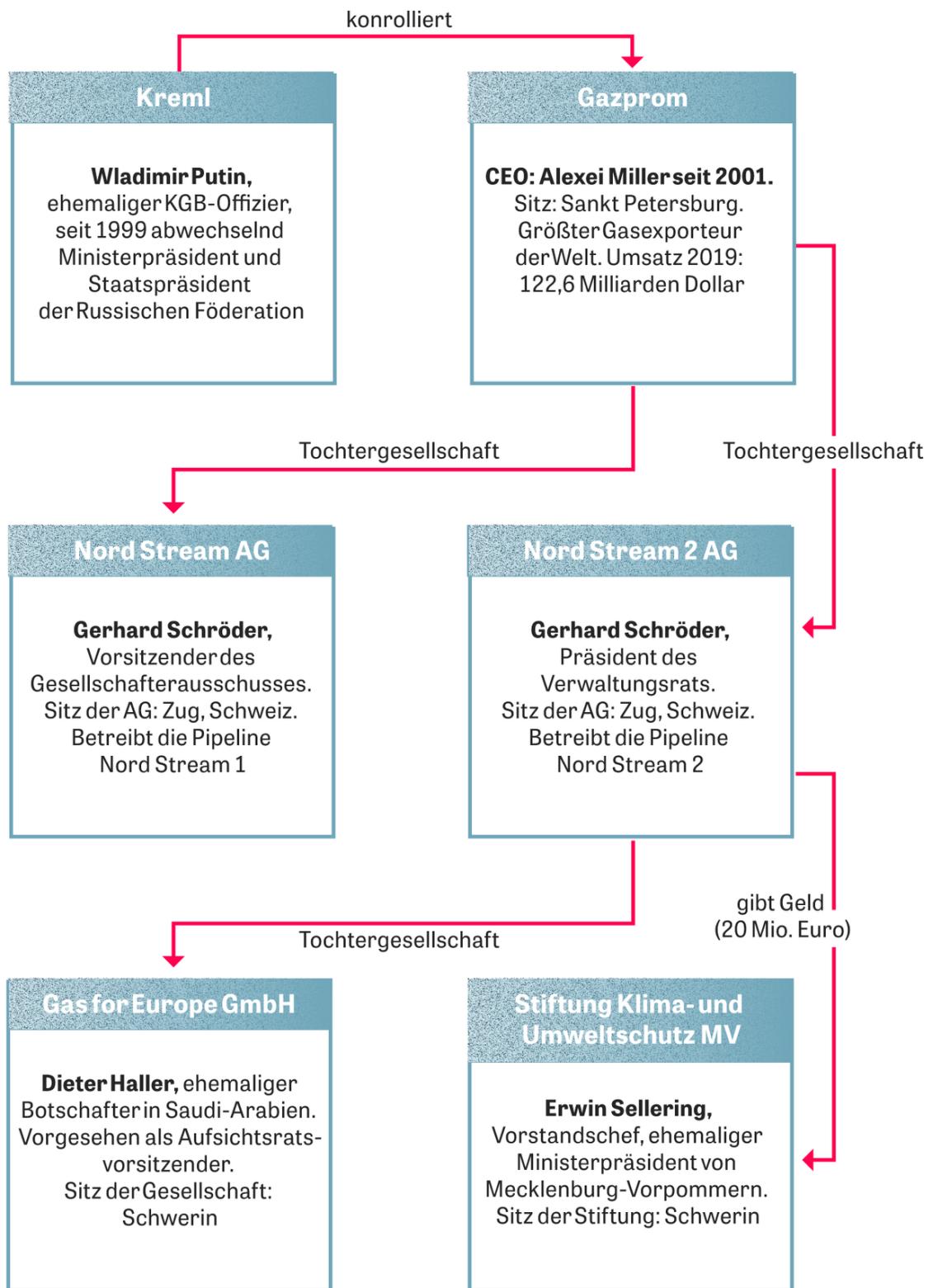
Entlang dieser Linie argumentierte Scholz nun auch wieder in Washington, sorgsam abgestimmt mit dem US-Präsidenten, wie im Kanzleramt beteuert wird.

"Keine Auswirkungen"

Nicht so schnell auflösen lässt sich die deutsche Abhängigkeit vom russischen Gas. Jedenfalls dann nicht, wenn es beim Ausstieg aus Kernkraft und Kohle bleiben soll. "Es gibt wenig zusätzliches Angebot für Pipeline-Gas, das nicht aus Russland kommt", sagt Katja Yafimava, Forscherin am Oxford Institute for Energy Studies.

Bliebe allein Flüssiggas, Liquefied Natural Gas (LNG). Anders als Erdgas wird Flüssiggas bei minus 160 Grad gekühlt und dadurch verflüssigt. Das Volumen ist dann um ein Vielfaches kleiner, das Gas kann in Tankern verschifft werden. Dank Fracking wurden die USA zusammen mit Katar und Australien zu einem der größten LNG-Produzenten. Und weil infolge der Gasknappheit in [Europa](#) im vorigen Jahr der Preis explodierte, zeitweise auf bis zu 170 Euro die Megawattstunde statt 20 Euro wie vor einem Jahr, liefen so viele Tanker wie schon lange nicht mehr Häfen wie den in Rotterdam an, um LNG zu liefern. Im Dezember und im Januar haben sich die Flüssiggas-Lieferungen nach Europa verglichen mit dem Vorjahr verdoppelt. Doch weitere Steigerungen sind kaum möglich.

Wer das Gas steuert



Vor diesem Hintergrund traf am Dienstag vergangener Woche in aller Stille ein weiterer Emissär aus Washington in Berlin ein: Amos Hochstein, Berater des US-Außenministers Antony Blinken für Energiesicherheit. Hochstein verabredete sich mit Wirtschaftsminister Habeck zum Abendessen, dem Vernehmen nach skizzierte der US-Gesandte diverse Szenarien, wie Deutschland sich nun aus der Energiefalle retten könne: mit

russischem Gas, ohne russisches Gas, mit Flüssiggas aus den USA oder aus Katar.

Die Biden-Regierung hat verstanden, dass Druck allein nicht reicht. Den Deutschen müssen auch Alternativen zum russischen Gas geboten werden. Durchaus auch solche, an denen die Amerikaner verdienen könnten. Habeck will sich zu dem Gespräch nicht äußern, soll aber beeindruckt gewesen sein. In seinem Haus wird derweil geprüft, ob der Terminalbau für Flüssiggas-Tanker staatlich subventioniert werden könnte – was die Grünen noch vor Kurzem abgelehnt hatten. Und es wird an einem Gesetz gearbeitet, das die Betreiber von Gasspeichern verpflichten würde, bestimmte Füllmengen zu garantieren.

Den Verkauf des größten deutschen Erdgas-Speichers an die russische Gazprom hat 2014 ein Vorvorgänger von Habeck genehmigt, der Sozialdemokrat Sigmar Gabriel. Auf Nachfrage der Grünen erklärte dessen Ministerium damals, das milliardenschwere Geschäft zwischen der BASF-Tochter [Wintershall](#) und dem russischen Energiemulti werde "keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Deutschland" haben.

Korrekturhinweis: In einer ersten Version des Textes war uns leider bei der korrekten Datierung der Engagements von Altbundeskanzler Gerhard Schröder in der russischen Energiewirtschaft ein Fehler unterlaufen: Gerhard Schröder wurde kurz nach seiner Entlassung als Bundeskanzler 2005 nicht für Rosneft tätig, sondern für Gazprom. Eine Funktion bei Rosneft übernahm Schröder erst im Jahr 2017. Wir haben das hier korrigiert.